

## "Die europäischen Föderalisten" in Rheinischer Merkur (20. November 1948)

**Quelle:** Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Christ und Welt. 20.11.1948, Nr. 47; 3. Jg. Koblenz: Rheinischer Merkur.

**Urheberrecht:** (c) Rheinischer Merkur

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"die\\_europaischen\\_federalisten"\\_in\\_rheinischer\\_merkur\\_20\\_november\\_1948-de-52a73e50-d8d3-4018-80e1-d83f2a0c0109.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

## Die europäischen Föderalisten

### Kongreßindrücke aus Rom / Von J. van Starckenberghe

Vor einigen Monaten hat der große europäische Kongreß im Haag zum erstenmal eine Reihe von internationalen Organisationen, welche sich die Föderierung unseres Kontinents zum Ziel gesetzt haben, zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Die Entschlüsse, die damals nicht ohne Schwierigkeiten angenommen werden konnten und damit für die teilnehmenden Organisationen bindend wurden, sind in mehr als einem Punkte richtungweisend.

Es war daher die Hauptaufgabe des zweiten, soeben in Rom abgehaltenen internationalen Kongresses der Union Européenne des Fédéralistes (U. E. F.), welche an den Haager Arbeiten entscheidenden Anteil hatte, daraus praktische Folgerungen zu ziehen und somit ihren eigenen Aufgabenkreis näher zu umschreiben. Diese Umschreibung ist den 500 Delegierten nicht immer leicht gefallen, verlangte sie doch außer einer Definition der internationalen Dachorganisation, wie sie die U. E. F. nun einmal darstellt, auch eine solche der nationalen Verbände. Diese aber bringen nicht nur dank ihrer natürlichen nationalen Eigenarten sehr verschiedene Akzente mit in die Diskussion, sondern sie unterscheiden sich auch untereinander durch mitunter beträchtliche Abweichungen in der politischen Orientierung.

Wir haben auf diese Tatsache schon im vergangenen Jahr in unserem Bericht über den ersten Kongreß der U. E. F. in Montreux hingewiesen, indem wir zwischen Unionisten und Föderalisten klar unterschieden. Den Unionisten kommt es weitgehend auf eine politische Einigung Europas an, die sie vornehmlich mit politischen Mitteln auf dem Wege über die Regierungen der Mitgliedsstaaten und ihre Parlamente als der gewählten Vertretung der europäischen Völker zu erreichen gedenken. Regierungen und Parlamente können sich, so argumentieren sie, sehr wohl zu beratenden oder beschließenden gesamteuropäischen Körperschaften zusammenschließen, auch wenn sie dazu kein ausdrückliches Mandat erhalten haben, aber sie können es nur schrittweise tun. Diese wesentlich empiristische Methode wird vor allem von den Angelsachsen und den nordischen Ländern angestrebt.

Die Föderalisten schließen diese Methode zwar nicht unbedingt aus, halten sie aber für ungenügend, da sie der Meinung sind, daß von nationalen Körperschaften auch gemeinsam erstrebte Lösungen für einen Bund nicht genügen und daß weitgehende Strukturveränderungen zur Konstituierung dieses Bundes unerlässlich sind. Ihrer Ansicht nach vermögen Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten bei Beibehaltung der augenblicklichen Gesellschaftsstruktur die Völker für die Idee eines geeinten Europa nicht zu begeistern, ohne welche Europa niemals eine Realität werden kann. Ihnen zufolge muß also einem europäischen Bund eine föderalistische Revolution vorausgehen oder seine Konstituierung zumindest begleiten. Diese These wurde vor allem von der sehr zahlreichen französischen Delegation (wobei zu bemerken ist, daß der französische Föderalismus wesentlich gewerkschaftlichen Ursprungs ist), aber auch von den Italienern, Belgiern und einigen Schweizern vertreten. Die Holländer, vor allem nach einer sehr beachtlichen Intervention des Präsidenten ihrer Arbeiterpartei, Koos Vorrink, sprachen sich offensichtlich mehr für den Empirismus der Briten aus. Diese waren allerdings nur spärlich vertreten, während aus den skandinavischen Ländern überhaupt kein Delegierter erschienen war. Die deutsche, sowie die österreichische Delegation hat in diese prinzipielle Auseinandersetzung nicht eingegriffen und somit versäumt, auf die echte bündische Tradition im deutschen Raume hinzuweisen, deren integraler Föderalismus zum Unionismus gewiß in keinem geringeren Gegensatz steht als der „revolutionäre Föderalismus“ der Franzosen.

Das ist insofern zu bedauern, als die U. E. F. keineswegs nur ein Tummelplatz der romanischen Völker werden sollte. Damit wollen wir gewiß keinem albernen Nationalismus das Wort geben. Es scheint uns aber, als ob der französische Begriff der „dritten Kraft“, welche die allzu praktisch-politische und zögernde Initiative Englands zu bekämpfen bemüht war und aus reformistischem Idealismus so etwas wie einen Gegensatz zwischen der rechtmäßigen Regierung und den wirklichen Aspirationen der Völker herauskonstruierte, keineswegs auf alle Länder Europas Anwendung finden kann. Trotz der aufrichtigen Freundschaft, die uns mit so vielen französischen und italienischen Föderalisten verbindet, trotz unserem Verständnis für die - übrigens höchst interessante - Auseinandersetzung zwischen Idealisten und Realisten, scheint uns ihre Behauptung, daß Regierungen die Völker weder zu vertreten noch zu verstehen imstande

sind, keineswegs zutreffend, und wir wissen, daß sie nicht nur in Großbritannien eindeutig abgelehnt wird. So stand auch die Frage des Fortbestehens der U. E. F. überhaupt - wenn auch nicht ausgesprochenermaßen - in Rom mehr als einmal zur Debatte.

Wir begreifen sehr wohl die tragische Alternative, vor die sich die U. E. F. gestellt sah, entweder auf die britischen Verbände oder auf die gewerkschaftlich orientierten Organisationen der romanischen Länder zu verzichten (Léon Jouhaux hat an den Arbeiten des Kongresses teilgenommen). Wir begreifen auch die Befürchtung, daß die europäische Idee, sollte sie ausschließlich eine Angelegenheit der Politiker werden, Gefahr läuft, von weiten Bevölkerungskreisen mit Skepsis betrachtet zu werden. Aber die Alternative des Entweder-Oder scheint uns falsch gestellt, denn sie würde eine unmögliche Wahl zwischen rein doktrinärer und theoretischer Tätigkeit einerseits und praktischer, also notwendigerweise kompromißbedingter Europa-Politik andererseits bedeuten. Es war und ist das große und bleibende Verdienst der nun in der U. E. F. zusammengeschlossenen Verbände, als erste - schon während des Krieges - den Gedanken der Föderierung Europas aufgegriffen und aktiv gefördert zu haben; doch haben sich seitdem andere Kräfte, nicht nur aus Opportunismus, sondern aus nüchternen und praktischen Erwägungen heraus zu dieser Idee bekannt. Diese Kräfte bestimmen heute mitunter sehr wesentlich die Geschicke unseres Kontinents. Man sollte sich darüber freuen und sie nicht nur kritisieren. Gewiß, ihr Werk konnte bis jetzt nur Stückwerk sein, und man mag bedauern, daß man ausgerechnet mit militärischen Bündnissen beginnen mußte. Doch dafür sprechen - leider - zwingende Gründe. Auch ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit der 17 durch den Marshall-Plan zusammengefaßten Länder ein weiterer hoffnungsträchtiger, wenn auch wieder nur unvollständiger Schritt zum Europa-Bund. Zu ihm hat die U. E. F. ihrerseits wertvolle Beiträge zu liefern. Doch kann sie es nur in Zusammenarbeit, nicht im Gegensatz zu den verantwortlichen Politikern und den gleichgesinnten internationalen Organisationen erreichen. Diese Einsicht hat sich dann auch glücklicherweise am Ende der Tagung, wenn auch nach hitzigen Wortgefechten, in den Schlußresolutionen durchgesetzt.

Wir freuen uns darüber um so mehr, als der Kongreß der U. E. F. einen einzigartigen Meinungs-austausch der verschiedenen föderalistischen Tendenzen Europas ermöglichte und auch diesmal wieder eine ganze Reihe von Aussprachen in den Kommissionen auf einem sehr beachtlichen Niveau stand. Als Beispiel sei eine EntschlieÙung angeführt, welche von der Deutschland-Kommission (die auf dem Kongreß im übrigen nicht zutage trat) im Anschluß an eine Diskussion, in der von dem ehemaligen französischen Minister Henri Frenay präsidierten politischen Kommission gefaßt wurde. Eugen Kogon hatte im Zusammenhang mit der Erörterung des Brüsseler Paktes die Frage einer teilweisen Remilitarisierung Deutschlands aufgeworfen. Seine Erklärung, daß als Antwort auf die bewaffnete „Polizei“ in der Ostzone, die Engländer bereits vor 9 Monaten und die Amerikaner vor 3 Monaten ihrerseits mit der militärischen Ausbildung von Deutschen - und dies ohne Wissen der deutschen Öffentlichkeit - begonnen hätten, hat allgemeines Aufsehen hervorgerufen, wobei es nicht unbemerkt blieb, daß diese Diskussion ausgerechnet im ehemaligen Arbeitszimmer Mussolinis stattfand. Die Kommission war der Meinung, daß eine Wiedererstellung von militärischen Einheiten in Deutschland durch die Alliierten nur mit Zustimmung des deutschen Volkes und nach Bekanntgabe ihrer Aufgaben erfolgen dürfe. Es heißt am Ende der EntschlieÙung, von deren Veröffentlichung Abstand genommen wurde: „Der Kongreß . . . anerkennt, daß in gleichem Maße, in dem die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands für Europa unentbehrlich sind, auch seine militärischen Kräfte in Gleichberechtigung mit denen der anderen europäischen Nationen zur Verteidigung des gesamten vereinten Europa beitragen müssen, aber dies nur unter der Kontrolle eines europäischen Organs oder als integrierender Bestandteil einer wahrhaft europäischen Armee. Der „Rheinische Merkur“ hat bekanntlich eine diesbezügliche Forderung bereits vor zwei Wochen ausgesprochen.

Die italienische Regierung hatte dem Kongreß ihr aktives Interesse bekundet. Sie hat nicht nur den Delegierten freie Fahrt gewährt und ihnen das traurig-berühmte, aber doch so schöne Palazzo Venezia zur Verfügung gestellt, sie war auch mit dem Präsidenten der Republik, Luigi Einaudi, Ministerpräsident de Gasperi und Außenminister Graf Sforza fast vollzählig zur Eröffnung der Tagung erschienen, und Staatspräsident Einaudi hat es sich nicht nehmen lassen, am letzten Tage die Delegationen der einzelnen Länder getrennt im Quirinal zu empfangen, um ihnen Gelegenheit zu geben, über ihre Eindrücke zu berichten.

Den Höhepunkt der großen offiziellen Empfänge aber bildete unzweifelhaft die Audienz, welche Papst Pius

XII. 250 Kongreßteilnehmern in Castel Gandolfo gewährte und auf der er sich in einer längeren Ansprache nachdrücklich zur Einheit Europas bekannte. „Es ist höchste Zeit“, so erklärte er wörtlich, „die europäische Union zu verwirklichen. Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren, und manch einer fragt sich, ob es nicht schon zu spät ist.“ Nachdem er die großen Schwierigkeiten erwähnt hatte, die sich nach einem schrecklichen Kriege zur Einigung unseres Kontinents hindernd in den Weg legen, fuhr er fort: „Die Frage der europäischen Union bringt unbestreitbare Schwierigkeiten mit sich, aber es muß alles getan werden, um sie trotzdem so schnell wie möglich zu verwirklichen. Um diese so sehr erwünschte Einheit herzustellen, verlangt man von den großen Nationen, auf Teile ihrer ehemaligen nationalen Größe zu verzichten, um sich den anderen Ländern des Kontinents anzugleichen und eine wirkliche europäische Familie zu bilden.“ Der Papst fügte hinzu, daß ein solches Werk auf einer festen Grundlage ruhen müsse.

Die Aufgeschlossenheit und Spontaneität dieser Rede hatte alle Anwesenden, welche sodann Gelegenheit hatten, Pius XII. persönlich zu sprechen - die Audienz dauerte über 70 Minuten -, tief beeindruckt. Und gewiß, konnte man sich für diese etwas bewegte Tagung der europäischen Föderalisten keinen harmonischeren Abschluß wünschen als diese Mahnung, beim Aufbau des neuen Europa trotz allen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzen das gemeinsame Gedankengut niemals zu vergessen.